Inhalt:

SPD fordert mehr Lehrer S. 1
Günter Lüttge in Papenburg S. 1
Herbert Ehrenberg in Papenburg S. 2
Keine Opposition um der Opposition Willen S. 3
Hände weg von den Golfbällen S. 3
Besuch der Meyer-Werft S. 4
Blumenschau in Papenburg S. 4

MAI 1989

SPD fordert mehr Lehrer für Papenburger Schulen

Zwei Themen standen im Mittelpunkt der Sitzung des Ortsausschusses: das Projekt "Schule und Jugendarbeit" und die dramatische Verschlechterung der Unterrichts-versorgung an den Grundschulen Papenburgs. Über das Projekt "lokale Kooperation von Jugendarbeit und Schule" des Landes Niedersachsen in Papenburg berichtete Marianne Bloem. Sie war für zwei Jahre als ABM-Kraft vom Jugendamt Papenburg im Schulzentrum am Untenende als Projektleiterin beschäftigt. Das Projekt "Schule und Jugendarbeit sollte u.a. zu einer besseren Kooperation von Schule und Trägern der Jugendarbeit führen. Die Mitglieder des Ortsausschusses waren beeindruckt davon. dass es der Projektleiterin gelungen war, innerhalb kürzester Zeit durchschnittlich 250 Kinder und Jugendliche in Freizeitarbeitsgemeinschaften von sportlichen Aktivitäten bis hin zur Astronomie zusammen mit zahlreichen Vereinen zu betreuen. Es wurde aus dem Bericht von Marianne Bloem deutlich. dass das Projekt zur Belebung des Schullebens. z.B. durch Pausenhofangebote. Teestube oder Gestaltung eines Spielfestes für die Schüler der 5. Klassen beitrug. Gleichzeitig belebte es die Jugendarbeit der Stadt Papenburg z.B. bei der "Papenburger Spielewoche" und wirkte sich für die beteiligten Vereine in ihrer Jugendarbeit positiv aus. Trotz überzeugender Erfolge und großer Zufriedenheit bei den Betroffenen wollte die Landesregierung hier auf Kosten der Schülerinnen und Schüler sparen. Für die SPD war es unverständlich, dass das Projekt am 31.7.1989 nach zweijähriger Dauer beendet werden sollte. Der SPD-Ortsausschuss sprach sich für eine Fortführung der Maßnahme aus und forderte die Stadt Papenburg, den Kreis Emsland und das Land Niedersachsen auf, die Finanzierung für die Fortführung des Projektes in Papenburg sicherzustellen. Manfred Berends, stellvertretender SPD-Vorsitzender. berichtete von einer dramatischen Verschlechterung der Unterrichtsversorgung an den Grundschulen der Stadt Papenburg im Schuljahr 1989/90. Er schilderte, dass demnächst die Unterrichtsversorgung an der Michaelschule nur noch zu 84 % gewährleistet wäre. Ähnlich sehe es nach seinen Informationen an weiteren Papenburger Grundschulen aus. Feuerwehrkräften würden n1cht mehr weiterbeschäftigt. Neue Lehrer würden nicht e1ngestellt. Als Vertreter des Schulelternrates der Michaelschule wies er darauf hin, dass arbe1tslosen Lehrer und Lehrerinnen Arbeitslosigkeit durch das Arbeitsamt finanziert würde, obwohl sie für die Unterrichtserteilung dringend eingesetzt werden könnten. Der SPD-Ortsausschuss unterstützte die berechtigten Forderungen des Schulelternrates der Michaelschule und erwartet, dass die Landesregierung mehr Lehrer einstellt, damit die Papenburger Unterrichtsversorgung ausreichend gewährleistet ist.

EMS-ZEITUNG 20.5.89

Lüttge fordert Solidarität mit Staaten Südeuropas

Nationales Interesse geht in vielen Fällen vor - Mehr Information

Papenburg (dy). – „Es fehlt an Persönlichkeiten, an denen man Europa festmachen kann." Darauf führt u. a. der SPD-Kandidat für das Europaparlament, Günter Lüttge, das eingeschränkte Interesse seitens der Bevölkerung zurück. Ein anderer Grund sei, daß viele Entscheidungen, die Europa betreffen, nur schwer zu durchschauen seien.

Nach einem gedrängten Terminplan am Nachmittag referierte der SPD-Kandidat für Weser-Ems am Abend vor Parteifreunden über das Thema Europa. Er bemängelte, daß in der Bundesrepublik nur sehr wenig aus dem Europäischen Parlament berichtet werde. Es komme hinzu, daß die gefällten Entscheidungen auf der Ebene von Ministerräten/Bürokratie ablaufen, so daß für den Betrachter die Entscheidungswege nur schwer nachzuvollziehen seien.

Im Gegensatz zu bundesrepublikanischen Medien sei die Berichterstattung in Frankreich ungleich größer. Aber obgleich ein erheblicher Aufholbedarf zu vermerken sei, werde doch angenommen, daß bei der Europawahl die Wahlbeteiligung größer sei, als bei der letzten Wahl.

Aufmerksam verfolgten die Zuhörer auch die Ausführungen, die sich mit einer europäischen Öffnung über „die 12 Mitgliedstaaten" hinaus befaßten. Lüttge sieht Chancen dafür, daß sich beispielsweise auch die skandinavischen Länder und Österreich der EG zuwenden werden. „Die 12 Staaten machen nur einen Teil Europas aus", man könne sich durchaus vorstellen, daß es nicht bei dieser Mitgliedszahl bleiben müsse. Aber: „Ich bin kein Phantast, der glaubt, daß sich hier schnelle Veränderungen ergeben werden", meinte der SPD-Kandidat.

In einer abschließenden Diskussion wurde aber auch deutlich, daß das nationale Interesse auf vielen Gebieten – auch bei den Mitgliedsländern – immer noch einen Vorrang vor dem europäischen habe. Lüttge unterstrich in seinen Ausführungen besonders, daß eine Solidarität mit den südeuropäischen Ländern und Irland nötig sei, die von besonderen Problemen betroffen seien.

GÜNTER LÜTTGE, SPD-Europakandidat für den Bezirk Weser-Ems (2. v. l.), informierte sich am Montag in Papenburg über die Kolpingjugendberufshilfe auf der alten Meyer-Werft (Foto) über die Historisch-Ökologische Bildungsstätte und den Landschaftspflege- und Recyclinghof. Beim Rundgang durch die Hallen der Kolpingwerkstatt begleiteten ihn u. a. Roland Seemann, SPD-Fraktionschef, und der Ortsvorsitzende der SPD, Peter Raske (2. v. r.), Werkstattleiter Willi Ottmann (rechts) stand den Besuchern Rede und Antwort. Foto: Hinrichs

SPD-Europakandidat zu Gast

»Für soziales Europa und Arbeitnehmerrechte«

PAPENBURG. Die Kanalstadt Papenburg besuchte am Donnerstag der SPD-Kandidat für das Europaparlament Günter Lüttge aus dem ostfriesischen Ihlow. Der SPD-Ortsverein Papenburg hatte ein umfangreiches Besuchsprogramm für den Europakandidaten des Bezirks Weser-Ems vorbereitet.

Günter Lüttge wurde 1938 in Hannover geboren, er stammt aus einer Arbeiterfamilie. Nach einem Pädagogikstudium kam Lüttge als Lehrer nach Ostfriesland. Seit 1972 ist er Bürgermeister von Ihlow und stellvertretender Landrat des Landkreises Aurich. Im Jahre 1978 wurde Günter Lüttge in den Landtag gewählt.

In Papenburg stand zunächst ein Besuch bei der Kolpingjugendberufshilfe auf der alten Meyer-Werft auf dem Programm. Während des Rundgangs und in Gesprächen mit Mitarbeitern der Kolpingjugendberufshilfe informierte sich Lüttge über das Projekt.

Interesse brachte Günter Lüttge auch dem Recyclinghof an der Flachsmeerstraße und der Historisch-Ökologischen Bildungsstätte am Obenende entgegen. Die öffentliche Veranstaltung der SPD mit Günter Lüttge war nur schwach besucht. Im »trauten Kreis« legte Lüttge seine Vorstellungen von seiner Arbeit für Europa dar, wobei er sich besonders für ein »soziales Europa« einsetzen will. Als wesentlich sieht er dabei Sozialgesetze an, die allen Beschäftigten in Europa soziale Grundrechte garantieren. Außerdem sollten durch Gesetze die Arbeitsumwelt verbessert und die Arbeitnehmerrechte gesichert werden. Neben der »großen Politik« ging Günter Lüttge auch auf örtliche Probleme ein.

Günter Lüttge, SPD-Kandidat für die Wahl zum Europäischen Parlament (rechts im Bild), stellte sich und die Ziele seiner Partei kürzlich in Papenburg vor. Neben ihm Peter Raske, Ortsvereinsvoirsitzender der SPD von Papenburg. Foto: Ficken

Ems-Zeitung 24.05.1989

Ehrenberg verteidigt Bonner Rentenkompromiß

„Schlimmste Regelungen korrigiert" - Auch Beamte sollen zahlen

Papenburg (hin). — Herbert Ehrenberg, früherer Arbeitsminister der sozialliberalen Koalition in Bonn, gab sich optimistisch: „Wir haben nach dem Machtwechsel viel zu korrigieren, zuerst die Gesundheitsreform und dann die Steuerreform", sagte er am Freitagabend vor einer kleinen Schar von SPD-Mitgliedern im Saal Hilling in Papenburg. Die Rentenreform zählte der Bundestagsabgeordnete nicht dazu. Die SPD habe in dem gemeinsamen Gesetzentwurf von Regierung und Opposition rechtzeitig die „schlimmsten Blümschen Bestimmungen" zurechtgerückt, so der Minister a. D.

Die SPD-Fraktion in Bonn habe die „schwere Arbeit" eines Rentenkompromisses auf sich genommen, weil die „Kraft der Bundesregierung für eine tragfähige und sozial ausgewogene Rentenreform nicht ausreicht", meinte Ehrenberg. Dazu brauche sie die SPD. An der Notwendigkeit einer Neuordnung des Rentenversicherungssystems ließ er keinen Zweifel: Durch Massenarbeitslosigkeit, eine ständig steigende Zahl von Ruheständlern und durch ein schrumpfendes Potential an Beitragszahlern gerate das System in der bestehenden Form langfristig in die Zahlungsunfähigkeit.

Der Weg zur Konsolidierung, den der amtierende Arbeitsminister vorgeschlagen habe, sei jedoch „einseitig und nicht ausreichend" gewesen, erklärte der Blüm-Gegenspieler. Die SPD habe in den Verhandlungen wichtige Prinzipien durchgesetzt:

- die Beibehaltung der Lohn- und Beitragsbezogenheit des Rentensystems und damit die Abkehr von Plänen einer Einheitsrente oder Bedarfssicherung,
- die Sicherung des Nettorentenniveaus durch eine Rentenanpassungsformel, die die verfügbaren Einkommen der Arbeitnehmer und Renten in gleichem Umfang wachsen lasse,
- die finanziellen Belastungen aus der Bevölkerungsentwicklung würden gleichmäßig verteilt auf Beitragszahler, Bund und Rentner.

Mit Nachdruck sprach sich der Sozialdemokrat für eine Änderung der Beamtenpension aus. Auch die Staatsdiener müßten ihren Obolus zu der sich verändernden Gesellschaftsstruktur leisten. „Das ist unverzichtbar", sagte Ehrenberg und stieß damit nicht auf ungeteilte Zustimmung. Leidtragende seien einmal mehr die „kleinen Beamten der untersten Besoldungsstufen", beschwerte sich ein Bahnbeamter.

„Kern aller Sozialpolitik", so Ehrenberg abschließend, müsse die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bleiben. Daran lasse es die Bundesregierung erheblich fehlen. Der SPD-Politiker wünschte sich „schwedische Verhältnisse": hohes Lohnniveau und enges Netz der sozialen Sicherung bei niedriger Arbeitslosigkeit und sehr hoher Computerdichte.

HERBERT EHRENBERG (am Rednerpult), früherer Arbeitsminister der sozialliberalen Koalition, gab am Freitagabend seinen SPD-Parteigenossen in Papenburg Argumentationshilfen in Sachen Rentenreform. Zu seiner Linken der SPD-Ortsvorsitzende Peter Raske und MdB Günther Tietjen. Foto: Hinrichs

Ems-Zeitung 29.05.1989

JUNI 1989

„Keine Opposition um der Opposition willen“

Papenburger SPD-Ortsausschuß befaßte sich mit drei Themen

Papenburg. – Die Scheperjanssiedlung in Aschendorf und die Verkehrsplanung für das Papenburger Untenende waren die Schwerpunkte der Junisitzung des Ortsausschusses der Papenburger SPD.

In Aschendorf entsteht zur Zeit im Baugebiet Am Sportplatz/Kramersweg die sogenannte Scheperjanssiedlung. Hier werden acht Baugrundstücke für Aussiedler vorgehalten. Mit dem Bau der ersten Wohnungen wurde vor kurzem begonnen. Der Aschendorfer Ortsverband der SPD unterstützt dieses Vorhaben. Bei der Durchführung des Planes gibt es allerdings Bedenken, da Isolations- und Gettogefahr nicht von der Hand zu weisen sind. So bliebe Gemeinschaft durch Nachbarschaft zumindest vorläufig auf der Strecke. Im Hinblick auf das Aschendorfer Projekt will der Aschendorfer Ortsverband zu gegebener Zeit mit Information und Patenschaften tätig werden.

Heiß her ging es im Ortsausschuß noch einmal, als die Verkehrsplanung für das Untenende auf der Tagesordnung stand. Roland Seemann erläuterte die vorläufigen Pläne der Verwaltung, bei deren Verwirklichung der Ortsausschuß eine Verschärfung der Probleme in den Bereichen Hermann-Lange-Straße/Fahnenweg, Dechant-Schütte-Straße/Kirchstraße und Landsbergstraße/Kirchstraße sieht. Der Ortsausschuß forderte die Fraktion auf, die Verkehrsplanung der Stadt besonders zu beobachten und gegebenenfalls mit eigenen Vorschlägen für Verbesserungen zu sorgen.

Im Zusammenhang mit Leserbriefen der letzten Tage stellte der Ortsvereinsvorsitzende der Papenburger SPD, Peter Raske, noch einmal fest, daß die Papenburger SPD bisher keine Opposition um der Opposition willen gemacht habe und dies auch in Zukunft nicht tun werde: „Wir sind für alle Tendenzen und Perspektiven in den Sachfragen der Kommunalpolitik offen – in Einzelfällen bleiben wir scharfe Opposition, in anderen Teilen tragen wir gemeinsam die politische Verantwortung zum Wohle unserer Stadt.“

Ems-Zeitung 08.06.1989

"Hände weg von den Bällen"

»Hände weg von den Bällen«

Papenburg. Die Kriminalpolizei Papenburg warnt vor der Mitnahme von Golfbällen. Der örtliche Golfclub ›Gutshof‹ klagt nämlich über das Fehlen von rund 1000 Bällen, die nach Angaben der Polizei in der Vergangenheit vorwiegend von Kindern mitgenommen worden sein sollen. In diesem Zusammenhang wird auf die Schilder hingewiesen, die Unbefugten ein Betreten des Sportgeländes untersagen.

Ems-Zeitung 23.06.1989

Auf eine Pressemeldung des Golf-Clubs am 23.6.1989 reagierte der SPD-Ortsvereinsvorsitzende Peter Raske. „Wie können eigentlich 1000 Golfbälle in einem Monat verschwinden? „ fragte er. Er war immer davon ausgegangen, dass jeder Golfspieler, der einen Ball ins Gebüsch schlägt, ihn auch wieder heraussuchen müsste. „Sind die Golfspieler in Papenburg so schlecht, dass sie die Bälle andauernd so ins Gelände schlagen, dass sie sie nachher nicht wiederfinden? Oder sind sie einfach zu bequem, sie aufzuheben?“ schrieb er in einem Leserbrief: „ Man kann sich nicht vorstellen, dass im Gebüsch die Kinder nur darauf warten, sich die Golfbälle zu holen, die gerade im Spiel sind, um damit zu verschwinden.“ Handelte es sich bei der Pressemeldung etwa um eine gezielte Information, um die Bevölkerung von der angeblichen Notwendigkeit der Sperrung des Geländes am Gutshof zu überzeugen? Die SPD-Fraktion forderte seit langem, dass durch einen Wegeplan sichergestellt wird, dass die Bevölkerung von Papenburg Zugang zur Parklandschaft des Gutshofgeländes erhält, forderte, dass endlich der Verbots-Schilderwald und der Stacheldraht verschwindet.

An den General-Anzeiger

Leser-Echo

»Wann verschwindet der Stacheldraht?

Der Golfclub »Gutshof« in Papenburg klagte jüngst über den zunehmenden Verlust von Golfbällen. Im nachfolgenden Leserbrief setzt sich Peter Raske mit diesem Vereinsproblem auseinander und nimmt dabei Bezug auf eine Pressemitteilung vom 23. Juni:

Wie können eigentlich 1000 Golfbälle in einem Monat verschwinden? Ich bin immer davon ausgegangen, daß jeder Golfspieler, der einen Ball ins Gebüsch schlägt, ihn auch wieder heraussuchen muß. Sind die Golfspieler in Papenburg so schlecht, daß sie die Bälle andauernd so ins Gelände schlagen, daß sie sie nachher nicht wiederfinden? Ich kann mir nicht vorstellen, daß im Gebüsch die Kinder nur darauf warten, sich die Golfbälle zu holen, um damit zu verschwinden. Oder handelt es sich bei der Pressemeldung um eine gezielte Information, um die Bevölkerung von der angeblichen Notwendigkeit der Sperrung des Geländes am Gutshof zu überzeugen?

In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, daß die SPD-Fraktion fordert, daß durch einen Wegeplan sichergestellt wird, daß die Bevölkerung von Papenburg Zugang zur Parklandschaft des Gutshofgeländes erhält. Wann verschwindet endlich der Verbots-Schilderwald und der Stacheldraht?

Peter Raske
Am Kampf 31,
Papenburg

Leserbriefe vertreten nicht die Meinung der Redaktion. Wir behalten uns das Recht der Kürzung vor. Anonyme Zuschriften an den General-Anzeiger finden keine Aufnahme.

Ems-Zeitung 26.06.1989

Meyer-Betriebsrat erhofft mehr Subventionen durch neue Regierung

Mehr Freistellungen gefordert - Papenburger SPD will Kontakte zur Arbeitswelt verstärken

Papenburg. — Intensiver mit den Problemen der örtlichen Arbeitswelt vertraut machen will sich der Vorstand der Papenburger SPD. Ein erster Schritt soll das Gespräch mit den Betriebsräten der großen Papenburger Firmen sein. Als ersten Gast konnte der Ortsvereinsvorsitzende Peter Raske den Betriebsrat der Meyer-Werft begrüßen. Weitere Betriebsräte werden in Zukunft eingeladen.

Der Betriebsratsvorsitzende der Meyer-Werft, Paul Bloem, stellte zunächst die Arbeit des Betriebsrats vor. Technischer Fortschritt und sozialer Wandel der letzten Jahre hätten bewirkt, daß die Arbeit des Betriebsrats quantitativ und qualitativ gewachsen und politischer geworden sei, vor allem im ökonomischen und ökologischen Bereich. Gesellschaftspolitische Aspekte im Bereich des Betriebsverfassungsgesetzes und des Beschäftigungsförderungsgesetzes usw. hätten starke Auswirkungen auf die Werft.

Der Betriebsrat habe, so erklärte Bloem, sich diesen neuen Bedingungen durch die Bildung von Arbeitsausschüssen zu einzelnen Themen gestellt. Die Politik müsse hier aber mit einer besseren Freistellungsregelung für die Betriebsräte nachziehen. Auch im Bereich der Subventionen erwarte der Betriebsrat politische Hilfe von möglichen neuen Regierungen nach den Wahlen des kommenden Jahres.

Das geplante Werftsterben durch die gesetzliche Beschränkung der Arbeitskapazitäten sei für unsere Region ein Unding; bei guter Auftragslage dürften keine Neueinstellungen erfolgen, sondern es müßten Überstunden gemacht werden, weil bei zusätzlichen Einstellungen die notwendigen Subventionen gestrichen würden. U. a. dieses Problem wolle der Betriebsrat der Meyerwerft auf einer großen Schiffbaukonferenz am 29. September d. J. mit Politikern, Fachleuten und anderen beteiligten Werften diskutieren.

Weiteren intensiven Gesprächsstoff boten ökologische Themen wie etwa die Einsicht in die Notwendigkeit von Brauchwasser für ein derartig großes Unternehmen oder die Abfallentsorgung auf der Werft. Betriebsrat und Geschäftsleitung der Werft haben hier mit der Beschäftigungsinitiative Papenburg ein Konzept erarbeitet, das für viele Betriebe vorbildlich sein könnte, da es nicht nur neue Wege in der Entsorgung geht, sondern auch bei allen Beteiligten eine größere Sensibilisierung für dieses Problem bewirkt.

Diskutiert wurden auch noch die Atemluftprobleme in der großen Schiffbauhalle und solidarische Maßnahmen des Betriebsrats mit den Kollegen der stillgelegten Janssen-Werft in Leer. Paul Bloem lud abschließend den SPD-Vorstand ein, sich auf der Werft selbst ein Bild von der derzeitigen Situation zu machen. Bloem wie auch Raske versprachen, in Zukunft bessere Kontakte und gegebenenfalls auch Zusammenwirken zu erreichen.

Ems-Zeitung 25.06.1989

Blumenschau in Papenburg

Der Vorstand der SPD in Papenburg zeigte sich erfreut über die Gestaltung der Papenburger Blumenschau. Besonderen Anklang fand die Ausgestaltung des Hauptkanals mit den neu angelegten Blumenbeeten. Die Sperrung des Hauptkanals für den Autoverkehr bewährte sich nach Ansicht des SPD-Vorstandes hervorragend und fand bei den vielen Besuchern Anklang. Warum könnte nicht, wie die SPD bereits im Kommunalwahlkampf 1986 gefordert hatte, der neu gestaltete Hauptkanal als Fußgängerzone auch nach der Blumenschau genutzt werden? Besonders lobend hob der SPD-Vorstand die Arbeit und das Engagement der Papenburger Gärtner, der städtischen Bediensteten und Handwerker hervor, ohne die diese Blütenpracht nicht zustande gekommen wäre. Umso mehr bedauerte man, dass die prächtigen neuen Blumenbeete am Hauptkanal nach der Blumenschau wieder entfernt werden. Der SPD-Vorstand regte an, zu überlegen, ob und wie die neuen, farbenprächtigen Blumenanlagen am Hauptkanal erhalten bleiben könnten, und den Hauptkanal weiter als Fußgängerzone zu nutzen.